Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Vorgehen geologische Tiefenlager: Regierungsrat übt scharfe Kritik**

Solothurn, 9. Mai 2019 – Die NAGRA und das Bundesamt für Energie wollen auf dem Gelände des Kernkraftwerks Gösgen den Bau einer Verpackungsanlage für radioaktive Abfälle prüfen. Sie haben die Vorschläge zu den Oberflächeninfrastrukturen für geologische Tiefenlager entsprechend konkretisiert. Der Regierungsrat übt scharfe Kritik an diesem Vorgehen.

Hintergrund: Im Sachplanverfahren zum geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle werden nicht nur die Standorte der eigentlichen Lagerstätte, sondern auch die Oberflächeninfrastrukturen ermittelt. Dazu gehört auch eine Verpackungsanlage für radioaktive Abfälle. In dieser Anlage wird das angelieferte radioaktive Material so verpackt, dass es unterirdisch definitiv deponiert werden kann.

Im bisherigen Verlauf des Verfahrens stand das Gelände des Kernkraftwerk Gösgen als Standort für Oberflächeninfrastrukturen nie zur Diskussion. Stets war von Verpackungsanlagen in unmittelbarer Nähe zu den Deponiestandorten oder allenfalls im Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen die Rede.

Mit Abschluss der zweiten Etappe des Sachplanverfahrens hat der Bundesrat am 21. November 2018 entschieden, dass das Standortgebiet Jura-Südfuss (Kantone Aargau und Solothurn) zurückgestellt wird und einzig als Reserveoption in der Kategorie Vororientierung im Sachplanverfahren verbleibt.

Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat am 12. März 2019 entschieden, sich aus der Mitarbeit in den Begleitgremien des Sachplanprozesses zurückzuziehen. Nachdem der Bundesrat entschieden hatte, die Region Jurasüdfuss bei der Suche nach einem Tiefenlager für radioaktive Abfälle zurückzustellen, irritieren die neuen Vorschläge. Die Option, die Verpackungsanlage auf dem Gelände des Kernkraftwerkes Gösgen zu realisieren, hätte zwingend in der zweiten Etappe des Sachplanverfahrens erörtert werden müssen. Das aktuelle Vorgehen wirkt unprofessionell und belastet die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Bundesamt für Energie in diesem Geschäft ausserordentlich.